

# SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/163

25. August 1972

SPD-Wahlkampf: Einig und offensiv

Brandts Marschroute gibt der Partei neue Kraft

Seite 1 / 39 Zeilen

CDU noch ohne Alternative

Replik auf Hermann Höcherls Antwortartikel

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 2 / 32 Zeilen

Der Diagnose muß die Therapie folgen

Aufgabe der Bundesbank: Sicherung der Währung

Von Dipl.-Ing. Hans Jürgen Junghans MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Zehn Wochen Berlin-Abkommen

Eine Bilanz, die aufatmen läßt

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 37 - 38  
Telefax: 886 846 / 886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

SPD-Wahlkampf: Einig und offensiv

Brandts Marschroute gibt der Partei neue Kraft

Der SPD-Vorsitzende hat in seiner richtungweisenden Rede vor dem Parteivorstand alle Mitglieder und Freunde der SPD aufgerufen, die Wahlkampfauseinandersetzung mit dem innenpolitischen Gegner im geschlossenen Auftreten offensiv zu führen. Diese Marschroute, die Willy Brandt damit der gesamten Partei vorgegeben hat, wird von allen 870.000 Mitgliedern und von allen engagierten Freunden der SPD mit zustimmender Befriedigung aufgenommen. Diese Mitglieder und Freunde, die in den letzten Wochen oft verunsichert waren, weil sie manche Vorfälle erstaunt und betrübt zur Kenntnis nehmen mußten, werden aufatmend neue Kraft spüren.

Diese Kraft werden die Partei, ihre Mitglieder und ihre Freunde in der bevorstehenden Auseinandersetzung mit der CDU und der CSU aber auch bis zur letzten Stunde des Wahlkampfes brauchen. Es darf dem innenpolitischen Gegner an keiner Stelle gelingen, Sozialdemokraten gegeneinander aufzubringen. Das setzt freilich auch voraus, daß sich alle Parteimitglieder, auf welcher Ebene auch immer, in disziplinierte Zucht nehmen und die Intentionen und die Interessen der Partei über persönliche Querelen und Empfindlichkeiten stellen. Wenn der Wahlkampf am 3. Dezember mit einem positiven Votum des Wählers erfolgreich abgeschlossen werden soll, dann muß sich heute schon jeder Sozialdemokrat sagen, daß er für sich und für seine Partei mitverantwortlich in der Beantwortung der Frage ist, ob Willy Brandt mindestens weitere vier Jahre Bundeskanzler bleiben kann. Daß er es im Interesse der Bundesrepublik bleiben muß, das steht für die gesamte SPD und alle ihre Freunde sowieso außerhalb jeder Debatte.

Die vom Parteivorsitzenden im engen Konnex mit der Geschlossenheit als Marschroute vergebene Aufgabe, den Wahlkampf offensiv zu führen, ist ein zweiter wichtiger und entscheidender Punkt. Hier haben Sozialdemokraten noch zu lernen. Sie verfallen allzuoft auch dort in Re-Aktion auf Äußerungen und Forderungen des innenpolitischen Gegners, wo sie Tatsachen und Argumente genug für sich haben, um selbst zur rechten Zeit initiativ zu werden und damit diesem Gegner das Nachsehen zu geben. Offensiv werden heißt agieren statt reagieren. Wenn man sich dessen auf allen Ebenen der Partei bewußt wird und danach handelt, dann ist man allein deshalb schon um eine Länge voraus.

Die Partei hat Willy Brandt zu danken, daß er früh genug gesagt hat, was gesagt werden mußte. (cc/cc/25.8.1972/ks)

+ + +

CDU noch ohne Alternative  
-----

Replik auf Hermann Höcherls Antwortartikel

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Der CSU-Experte Hermann Höcherl MdB hat auf meine Berechnungen, die ich im SPD-Pressedienst zu den Steuervorstellungen der CDU/CSU vorgenommen habe, vor allem mit zwei Einweisen reagiert:

Erstens sei noch nicht klar, was die CDU/CSU beschließen werde, und zweitens habe sie nicht die Absicht, die Mehrwertsteuer auf 17,5 vH. zu erhöhen. Meine Berechnungen hat er nicht angezweifelt.

Ich habe meinerseits keinen Grund, an den Feststellungen Hermann Höcherls zu zweifeln. Allerdings: Daß "Dialog" ein Sprachrohr der Unionsparteien ist, läßt sich nicht ernsthaft bestreiten. Der Artikel zur Steuerreform war überschrieben: "Die Alternative der Mitte" und lief ohne Namen des Autors, also in unmittelbarer Verantwortung der Redaktion. An einigen Stellen war davon die Rede, daß Entscheidungen in der Union noch nicht gefallen seien. In diesen Fällen habe ich die für die Union günstigsten, also niedrigsten, Zahlen der Steuerausfälle eingesetzt. Trotzdem war das Ergebnis: Wenn die bisher sichtbaren Vorstellungen realisiert werden sollen, drohen entweder der Staatsbankrott oder mindestens 15,5 vH. Mehrwertsteuer.

Am Schluß des "Dialog"-Artikels wird lapidar angekündigt: "Auf dem Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden (9. bis 11. Oktober) wird Kanzlerkandidat Barzel in seinem Regierungsprogramm die steuerreformpolitische Weichenstellung vollziehen".

Eine solche Ankündigung in "Dialog" ist doch wohl etwas mehr als eine unverbindliche Spekulation.

Wenn die Replik Hermann Höcherls bedeuten soll, daß die CDU/CSU ihr Programm noch einmal mit spitzem Stift durchrechnet, dann ist sie so erfreulich wie vieles andere, was von Hermann Höcherl zu hören ist. Sicher hat er inzwischen längst gemerkt, daß es leichter ist, ein Steuerreformprogramm zu kritisieren, als eine Alternative auszuarbeiten. (-/ex/25.8.1972/ks)

### Der Diagnose muß die Therapie folgen

#### Aufgabe der Bundesbank: Sicherung der Währung

Von Dipl. Ing. Hans Jürgen Junghans MdB  
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und  
des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Der August-Bericht der Deutschen Bundesbank ist viel kommentiert worden, über seine wirtschaftspolitische Quintessenz wurde jedoch wenig gesagt. Dabei läßt gerade dieser Monatsbericht zu einer breiten fachlichen Erörterung ein, wobei vor allem zwei Beiträge Beachtung verdienen.

In einem Grundsatz-Artikel legt die Bundesbank ihr Kompetenz-Verhältnis zur Bundesregierung dar. Die Notenbank weist darin auf ihr hohes Maß an Unabhängigkeit hin und erläutert ihre Zusammenarbeit mit der Bundesregierung. Hier kann nur bestätigt werden: Die autonome Position der Notenbank steht in der Bundesrepublik außer Frage. Dieser Unabhängigkeit steht jedoch ein ungewöhnlich hohes Maß an Verantwortung gegenüber. Die Bundesbank hält fest, daß sie für den monetären und kreditpolitischen Bereich der Währungspolitik verantwortlich zeichnet und hier die Verantwortung für die Sicherheit der Währung trägt. Sie hat damit ihre Kompetenz wie ihre Verpflichtung exakt beschrieben. Und die Erfüllung ihrer Pflichten ist die Elle, mit der sie sich messen lassen muß.

Die Geld- und Kreditpolitik nimmt im gegenwärtigen Konjunkturaufschwung eine Schlüsselstellung ein. Der neue konjunkturelle Aufschwung vollzieht sich langsam und gemäßigt. Diese kontinuierliche Entwicklung darf bei dem vorgegebenen Preissockel des Jahres 1972 nicht gestört werden. Stabilitätspolitisch größte Sorge bereitet deshalb die bisher unkontrollierte Expansion des Geld- und

Kreditvolumens, die Preiserhöhungsspielräume produziert.

In ihrem August-Bericht analysiert die Bundesbank auch die geld- und kreditpolitische Lage im Sommer dieses Jahres. Ihr Bericht schließt mit folgenden Sätzen: "Saisonbereinigt betrachtet stieg das Geldvolumen im zweiten Quartal ds. Js. auf Jahresrate umgerechnet um nicht weniger als 14,6 vH. nach 13,9 vH. im Dreimonatszeitraum März bis Mai 1972. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß eine derartige starke Ausweitung der Geldversorgung mit den stabilitätspolitischen Erfordernissen nicht in Einklang steht... Selbst wenn man der Ansicht ist, daß zur Erhaltung der binnenwirtschaftlichen Stabilität die Geldversorgung und die realen Produktionsmöglichkeiten sich nicht notwendigerweise streng parallel entwickeln müssen, so dürfte doch das augenblickliche Wachstumstempo der Geldversorgung ganz offensichtlich einen zu großen zusätzlichen Spielraum für Preis- und Kostensteigerungen eröffnen".

Die Diagnose ist richtig. Allein, es fehlen Überlegungen, wie die stabilitätswidrige Expansion des Geld- und Kreditvolumens zu bändigen ist. Die Bundesbank ist hier auf ihrem ureigensten Felde gefordert. Daß eine Abschöpfung und Eindämmung der überbordenden Liquidität unter den gegebenen internationalen Währungsverhältnissen nicht einfach ist, steht außer Frage. Die Bundesbank hat die ihr gestellte Aufgabe der Sicherung der Währung unter schwierigen Bedingungen zu erfüllen. Deshalb verdient sie die Unterstützung der gesamten interessierten Öffentlichkeit. Nach der präzisen Diagnose darf nun die effektive Therapie der Bundesbank nicht lange auf sich warten lassen.

(-/cx/25.8.1972/ks)

+ + +

### Zehn Wochen Berlin-Abkommen

---

#### Eine Bilanz, die aufatmen läßt

Als die Außenminister der vier Großmächte am 3. Juni 1972 ihre Unterschrift unter die Schlußakte des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin setzten, begann für Berlin - und nicht nur für Westberlin - eine neue Entwicklung. Betroffen waren die Menschen in beiden Teilen der Stadt, die seit dem 13. August 1961 voneinander getrennt waren und nur spärliche Möglichkeiten für menschliche Kontakte hatten. Aber nicht nur dies: Am 3. Juni 1972 wurde mit der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens der Kalte Krieg in Berlin begraben. Die Entwicklung zu einem geregelten Nebeneinander und zu vernünftigen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten fand mit der Unterzeichnung der Berlinregelung ihren ersten vertraglichen Niederschlag.

Seitdem sind nunmehr zehn Wochen ins Land gegangen, und zum ersten Mal hatten alle Berliner - also auch die, deren Befürchtungen vor Eingriffen durch die DDR-Behörden die Reise über die Landwege von und nach Berlin in der Vergangenheit unmöglich gemacht hatten - ihren Urlaub auf dem Landwege antreten können. Aussergewöhnlich niedrig war die Quote der Zwischenfälle: Nur sieben Transitreisende wurden unter der Beschuldigung der Fluchthilfe auf den Transitstrecken Berlins festgenommen. Die gemeinsame Kommission der Bundesrepublik und der DDR brauchten sich in den letzten Wochen nur mit geringfügigen Komplikationen beschäftigen, die auf den Straßen nach Berlin aufgetreten waren. Die Fälle, die zur Erörterung anstanden, waren unberechtigte Mitnahme von Anhaltern durch Berlin-Reisende auf den Transitstrecken, was von der DDR moniert wurde, auf der anderen Seite die schlechte Beschilderung der Transitstrecken durch die DDR-Behörden, was die Bundesrepublik beanstandete. Durch die mangelhafte Beschilderung der Transitstraßen waren Berlin-Reisende auf der Fahrt durch die DDR verschiedentlich unbeabsichtigt vom Wege abgekommen und dabei

von den örtlichen DDR-Polizeibehörden gestellt wurden.

Ungeachtet dessen: Diese Konfliktfälle, die man in der gemeinsamen Kommission bearbeitete, lohnten keine Schlagzeile in der Tagespresse. Der Transitverkehr von und nach Berlin rollt indessen, und die Abfertigungszeiten in den Kontrollstellen der DDR - in den früheren Jahren eine entwürdigende, oftmals stundenlange Strapaze - konnten auf wenige Minuten reduziert werden, was vor allem in der Urlaubszeit von der Berliner Bevölkerung anerkannt wurde.

Der innerstädtische Verkehr in Berlin ist indessen auch Alltag für die Berliner Bevölkerung geworden. Weit über 200.000 Westberliner haben in den letzten Wochen einen eintägigen Besuch in der DDR oder im Ostteil Berlins gemacht, und über 70.000 waren sogar mehrere Tage hintereinander in der DDR. Gemäß dem Berlin-Abkommen hat die Bundesregierung hierfür 2,14 Millionen DM an pauschalisierten Visagebühren bezahlt. Der innerstädtische Verkehr - also die Besuchsmöglichkeit für Westberliner in Ostberlin - ist eine besondere Angelegenheit der Berliner Bevölkerung in beiden Teilen der Stadt. Der Transitverkehr von und nach Berlin ist wichtig und garantiert weitgehend die Lebensfähigkeit Westberlins, der Besuchsverkehr zwischen beiden Teilen der Stadt aber und die durch das Berlin-Abkommen ermöglichte Gelegenheit für Westberliner, in die DDR zu reisen, ist die menschliche Seite des Vier-Mächte-Abkommens. Denn durch diese Reismöglichkeit ist die elf Jahre verhinderte menschliche Verbindung der Westberliner mit ihren Freunden und Angehörigen in Ostberlin und der DDR wenigstens bedingt wiederhergestellt. Reisen für die DDR-Bürger in Richtung Westen - also nach Westberlin und in die Bundesrepublik werden von den DDR-Behörden freilich nach wie vor nur für Rentner und Pensionäre gestattet. Die von Staatssekretär Dr. Michael Kohl angedeutete Großzügigkeit der DDR auf diesem Gebiet kann erst nach dem Inkrafttreten des Verkehrsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR getestet werden.

Vor kurzem haben die DDR-Bediensteten in den Reise-Antragsstellen die Antragsmodalitäten beschleunigt. Zwar wird der sofortige Besuch in Ostberlin nach wie vor nur in nachgewiesenen dringenden Fällen ermöglicht, doch seit Mitte August können vormittags beantragte Reise genehmigungen schon am Nachmittag desselben Tages in Empfang genommen werden. Wenn dies auch noch nicht die vom Senat von Berlin gewünschte Sofortregelung ist, so stellt dies immerhin eine wesentliche Verbesserung dar. Der Senat von Berlin ist jedenfalls in Verhandlungen mit Ostberlin bemüht, weitere, an den gemachten Erfahrungen orientierte Erleichterungen im Besuchsverkehr herauszuhandeln.

Karl Heinz Maier  
(-/ex/25.8.1972/ks)